



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen

Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen, Akademien der
Wissenschaften, Museen und wissenschaftliche Sammlungen

Wissenschaftsrat

Tübingen, 1965

6. Neurologie, Psychiatrie, Psychotherapie, Psychosomatik

urn:nbn:de:hbz:466:1-8246

täten ist schon jetzt gegeben; sie könnte bei Errichtung der Medizinischen Akademie in Lübeck noch intensiviert werden, wenn sich auch eine Verlagerung des Institutes wegen der dort fehlenden Voraussetzungen verbieten dürfte.

Das Rheuma-Forschungsinstitut beim Landesbad Aachen (Nr. 137), das von der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz und vom Landesbad Aachen getragen wird und letzterem räumlich eingegliedert ist, dient der Erforschung der rheumatischen Krankheiten. Es wird empfohlen zu prüfen, ob das Institut in den Rahmen der geplanten Medizinischen Fakultät der Technischen Hochschule Aachen eingegliedert werden soll.

IX. 6. Neurologie, Psychiatrie, Psychotherapie, Psychosomatik

Kurz vor und während des Ersten Weltkrieges sind zwei Institute gegründet worden, die nach kurzer Zeit auf dem Gebiete der Hirnforschung Weltgeltung erworben haben: das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung in Berlin und die Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie in München. Beide Institute sind nach dem Zweiten Weltkrieg, nachdem die Abteilungen des Hirnforschungsinstitutes neue Heimstätten in Gießen, Göttingen, Köln und Marburg gefunden hatten, in die Max-Planck-Gesellschaft übernommen worden. Deren Bemühungen ist es gelungen, dem Max-Planck-Institut für Hirnforschung (Nr. 142) ein neues Zentrum in Frankfurt zu schaffen, während die Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie (Nr. 147) mit ihrem theoretischen und ihrem klinischen Institut einen großzügigen Ausbau an ihrem alten Standort in München erfahren hat. Entsprechend der allgemeinen Entwicklung sind die beiden in jeder Beziehung förderungswürdigen Einrichtungen erfolgreich bemüht, neben den klassischen Gebieten (Neuroanatomie, Neuropathologie, Klinik) die physiologische Forschungsrichtung stärker auszubauen und damit die Voraussetzungen für eine noch engere Zusammenarbeit aller an der Hirnforschung interessierten Disziplinen zu schaffen.

In diesem Zusammenhang ist schließlich das Institut für Hirnforschung und allgemeine Biologie in Neustadt/Schwarzwald (Nr. 149) zu nennen. Eine Stellungnahme zu der Förderungswürdigkeit des Institutes erübrigt sich in diesem Bericht, da es kürzlich von der Medizinischen Akademie in Düsseldorf übernommen und seine spätere Übersiedlung nach Düsseldorf beschlossen wurde.

Eine Sonderrolle unter den Instituten zur Erforschung der Erkrankung des Zentralnervensystems kommt dem Institut der Stiftung zur Erforschung der spinalen Kinderlähmung und der Multiplen Sklerose in Hamburg (Nr. 144) zu. Die Stiftung erhält ihre wesentlichen Mittel vom Bundesministerium für Gesundheitswesen, dem Bundesmini-

sterium für wissenschaftliche Forschung und dem Hamburger Staat. Das Institut, das sich das Studium der neuroviralen Infektionen, der Tumurviren, der Immunologie des Nervensystems, der neuralen Komplikationen der Schutzimpfung u. a. m. zur Aufgabe gestellt hat, verfügt über hervorragende Arbeitsbedingungen und sollte weiter gefördert werden, da Institute mit spezieller Aufgabenstellung und Erfahrung in der Grundlagenforschung der Virologie und Immunologie notwendig sind. Voraussetzung dafür wäre allerdings eine auch in der Satzung des Instituts festzulegende engere Verbindung mit der Universität Hamburg.

Die Entwicklung der Psychotherapie und der Psychosomatik¹⁾ ist in Deutschland historisch dadurch belastet, daß sie sich seit der Begründung dieser Forschungsrichtungen durch Sigmund Freud fast ausschließlich außerhalb der Universitäten abgespielt hat, die sich lange Zeit dem Einbau in ihren Bereich widersetzen und damit bewirkten, daß auch die staatlichen Institutionen diesen Forschungsrichtungen nur zögernd die zu ihrer Entfaltung notwendige Unterstützung gewährten. Dies hatte zur Folge, daß die Institute für Psychotherapie und für Psychosomatik ein weitgehend isoliertes Dasein führten, womit die Voraussetzungen für eine ablehnende Haltung gegenüber den Universitäten, für Außenseiter-Komplexe, „Anspruchshaltung“ und dogmatische Einstellung gegeben waren, und daß die von den Instituten betriebene Forschung sich nur sehr langsam und auf viel zu schmaler Basis entwickelte. Vor allem aber fehlten aus diesem Grunde die Voraussetzungen für die Einbeziehung der experimentellen Forschung auf den Gebieten der Neuroanatomie, Neurophysiologie, Neuroendokrinologie, Psychopharmakologie usw. in das Programm der psychotherapeutischen und psychosomatischen Institute, die charakteristisch für die Forschungstendenz in den angelsächsischen Ländern geworden ist.

Diese offensichtlichen Mängel in der Entwicklung der Institute können nur dadurch beseitigt werden, daß diese aus ihrer zum Teil selbst gewählten, zum Teil erzwungenen Isolierung befreit werden, daß der Anteil der medizinisch ausgebildeten Mitarbeiter erhöht wird und daß die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden, die den Instituten eine eigenständige, unabhängige Forschung ermöglichen. Da die Situation bei den einzelnen Instituten sehr verschieden ist, kann ein allgemein gültiger Vorschlag nicht gemacht werden. Die Einbeziehung in die Universität und die Umwandlung in selbständige klinische Institute (wie sie in Heidelberg und Gießen bestehen) dürfte

¹⁾ vgl. Denkschrift der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Lage der Ärztlichen Psychotherapie und der Psychosomatischen Medizin. Wiesbaden 1964.

wohl am raschesten zum Ziele führen, ist jedoch vorerst nur in wenigen Fällen realisierbar, da die Anzahl der habilitierten Fachvertreter noch zu gering ist, um die notwendigen Stellen besetzen zu können.

Es bleibt deshalb in den meisten Fällen nur der Ausweg, die zum großen Teil privaten, außerhalb der Universitäten existierenden Institute, die seit vielen Jahren von der Opferbereitschaft ihrer Mitglieder und Ausbildungskandidaten leben, mit einem zumindest minimalen, für die Kontinuität der Forschung unerläßlichen Etat auszustatten (für Bibliotheken, Verwaltung, Ausbildung junger Mitarbeiter, Symposien, kleine Kongresse usw.); zugleich sollte der Austausch zwischen den Mitarbeitern der Institute und den Assistenten der verschiedenen einschlägigen Universitätskliniken gefördert werden.

Von den im Mitgliederverzeichnis der Deutschen Gesellschaft für Psychotherapie und Tiefenpsychologie aufgeführten Instituten erhalten bereits jetzt regelmäßige oder unregelmäßige Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln:

- a) das Institut und Ausbildungszentrum für Psychoanalyse und Psychosomatische Medizin in Frankfurt (Nr. 141),
- b) das Berliner Psychoanalytische Institut der Deutschen Psychoanalytischen Vereinigung in Berlin (Nr. 139),
- c) das Institut für Psychotherapie in Berlin (Nr. 140),
- d) das Institut für Psychologische Forschung und Psychotherapie in München (Nr. 148),
- e) das Institut für Psychotherapie und Tiefenpsychologie in Stuttgart (Nr. 150),
- f) das Institut für analytische Psychotherapie im Rheinland in Köln (Nr. 146),
- g) das Institut für Psychotherapie in Göttingen (Nr. 143),
- h) das Psychotherapeutische Institut und die Erziehungsberatungsstelle für das Land Niedersachsen in Hannover (Nr. 145),

während die folgenden Institute keine öffentlichen Zuschüsse erhalten:

- i) das Hamburger Psychoanalytische Institut der Deutschen Psychoanalytischen Vereinigung in Hamburg,
- k) das Institut für Psychotherapie der Bremer Arbeitsgruppe in Bremen.

Das Institut und Ausbildungszentrum für Psychoanalyse und Psychosomatische Medizin in Frankfurt (a) ist eine Einrichtung des Landes Hessen. Es ist finanziell gut ausgestattet und leistet hochqualifizierte Arbeit. Es liegt im Interesse der gesamten, an der Psychotherapie interessierten klinischen Medizin, diese Ausbildungs- und Forschungs-

stätte weiterhin so zu fördern, daß in absehbarer Zeit wenigstens ein Minimum an ärztlichen Psychotherapeuten und wissenschaftlich tätigen Nachwuchskräften ausgebildet werden kann.

Das Schicksal der drei wissenschaftlich ebenfalls produktiven Berliner und Hamburger Institute (b, c, und i) wird davon abhängen, ob es gelingt, ihren wissenschaftlich aktiven Bestand mit der jeweiligen Universität zu verschmelzen. Es wird daher empfohlen, die in dieser Richtung bestehenden Pläne nach Kräften zu fördern.

Die übrigen Institute (d, e, f, g, h, k), deren wissenschaftliche Kapazität und deren personelle Struktur sehr verschieden sind, sollten durch Gewährung eines laufenden Zuschusses die Möglichkeit erhalten, ihre mit verschieden starker Intensität betriebene Forschungstätigkeit zu aktivieren.

Das Institut für Sexualforschung an der Universität Hamburg ist eine kleine, aktive, als Einmann-Institut betriebene Forschungsstelle der „Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung e.V.“, die schon jetzt eng mit der Psychiatrischen Universitätsklinik in Hamburg zusammenarbeitet, in der sie auch räumlich untergebracht ist. Es wird empfohlen, das Institut — am besten als Abteilung dieser Klinik — in den Rahmen der Universität Hamburg einzubauen.

IX. 7. Arbeitsmedizin, Silikoseforschung

Die Hauptaufgabe der arbeitsmedizinischen Landesinstitute besteht — neben der Ausbildung von Werkärzten — darin, die im Arbeitsbereich der Staatlichen Gewerbeärzte anfallenden Routineuntersuchungen auf den Gebieten der Berufskrankheiten und Gewerbehygiene durchzuführen. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe stellen sich vor allem infolge des ständigen Wechsels der von der Industrie angewandten Produktionsmethoden immer wieder neue Probleme, die gelöst werden müssen, um die von den Gewerbeärzten zu fällenden Entscheidungen vorzubereiten. Aus dieser täglichen Praxis der Institute wird es notwendig, Forschung auf den verschiedensten, die Arbeitsmedizin berührenden Gebieten zu betreiben.

Da die Universitäten in der Bundesrepublik — im Gegensatz zu den Verhältnissen in fast allen anderen Ländern — noch nicht über arbeitsmedizinische Forschungsstätten bzw. Kliniken verfügen, sind die arbeitsmedizinischen Landesinstitute bis jetzt die einzigen Institutionen, die für die Übernahme dieser Aufgabe in Frage kommen. Daß die meisten von ihnen dafür nicht ausreichend ausgestattet sind, steht angesichts der geringen, für die Forschung verfügbaren Mittel außer Zweifel und dürfte nicht zuletzt auf die nicht immer positive Einstellung der vorgesetzten Behörden zu der Durchführung von Forschungsarbeiten zurückzuführen sein. Es wird deshalb empfohlen,